

Zeitschrift: Schweizer Schule

Band: 60 (1973)

Heft: 5

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

6. Literaturverzeichnis

- AEBLI, Hans, Grundformen des Lehrens, Stuttgart 1961
BRAUN, Peter, Weiterführender Leseunterricht, Düsseldorf 1971
FEIGENWINTER, Max, Gruppenunterricht, Hitzkich 1972
GIEHRL, Hans, Der junge Leser, Donauwörth 1968
GUTT/SALFFNER, R., Sozialisation und Sprache, Frankfurt 1972, 2. Auflage
HILLEBRAND, M. J., Kind und Sprache, Teil 1, München 1955
KAINZ, F., Psychologie der Sprache, 4. Band, Stuttgart 1956
KLAFKI, Wolfgang, Didaktische Analyse als Kern der UV, Hannover 1969, 10. Auflage
KOECK, Peter, Moderne Unterrichtsführung durch Impuls und Appell, Donauwörth 1972
MUSCHG, Walter, Die Zerstörung der deutschen Literatur, Bern-München 1958, 3. Auflage
RITZ, Gertrud, Weiterführender Leseunterricht in der Grundschule, Bad Heilbrunn 1972
ROTH, Heinrich, Pädagogische Psychologie des Lehrens und Lernens, Hannover 1967, 10. Auflage
SCHWARTZ, Erwin, Der Leseunterricht, Braunschweig 1967, 2. Auflage
SINGER, Kurt, Lebendige Lese-Erziehung, München 1969
WEISS, Carl, Pädagogische Soziologie IV, Bad Heilbrunn 1969, 6. Auflage

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schweizerschulen im Ausland

Die vom Departement des Innern Anfang 1970 zur Prüfung der Lage der Auslandschweizer-Schulen eingesetzte Arbeitsgruppe hat im vergangenen Oktober ihren Schlußbericht erstattet. Sie beantragt im wesentlichen eine vermehrte finanzielle Hilfe des Bundes an diese Schulen, gleichzeitig aber auch eine verstärkte Einflußnahme des Departements auf deren Entwicklung. Der Bundesrat wird demnächst darüber entscheiden, ob das Departement des Innern zu ermächtigen sei, im Hinblick auf die Empfehlungen der Arbeitsgruppe eine Botschaft auf Revision des geltenden Bundesbeschlusses vom 3. März 1964 über die Unterstützung von Schweizerschulen im Ausland vorzubereiten.

CH: Aktion Schulreisen für Bergkinder

Im Rahmen ihrer sozial-kulturellen Tätigkeit hat die Schweizerische Bankgesellschaft beschlossen, jedes Jahr einer größeren Zahl von Kindern aus abgelegenen schweizerischen Berggemeinden eine Schulreise in verschiedene Gebiete der Schweiz zu ermöglichen. Dadurch können die Lehrer ihre Schulreisen vermehrt in den Dienst pädagogischer und bildungsfördernder Ziele stellen.

Im Jahre 1973 kommt die Aktion etwa 100 Schulklassen in den Kantonen Graubünden, Wallis, Tessin und im Berner Jura zugute. Die Wahl der Schulklassen erfolgt durch die Erziehungsdirektion der entsprechenden Kantone. Im Jahre 1974

werden die Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Fribourg und Appenzell in die Aktion einbezogen, so daß im Laufe eines Zweijahreszyklus alle in Betracht kommenden Berggegenden unseres Landes berücksichtigt werden. Die Schweizerische Bankgesellschaft sieht vor, die Schulreiseaktion für Berggemeinden zu institutionalisieren und in den folgenden Jahren fortzusetzen.

CH: Italienisch als Pflichtfach?

An einer vom Schweizerischen Romanistenverband organisierten Tagung von Italienisch-Lehrern wurde eine Resolution verabschiedet, nach welcher das Italienische zum obligatorischen Maturitätsprüfungsfach in den neuen Maturitätstypen D und E werden soll, während die übrigen international bedeutenden Sprachen als Wahlfächer anzubieten seien. Ferner wird empfohlen, Italienisch als Fach – wenigstens für eine bestimmte Zeit und unter bestimmten Voraussetzungen – an allen übrigen Gymnasialtypen für obligatorisch und an den Lehrerseminarien aller Kantone für Primarlehrer zum Pflichtfach zu erklären.

CH: Prämien für wertvolle Erziehungs-Einrichtungen

Der Bund kann künftig Aufwendungen für «besonders wertvolle Einrichtungen und Vorkehren in Erziehungsanstalten» vermehrt unterstützen. Wie das Justiz- und Polizeidepartement mitteilte, setzte der Bundesrat rückwirkend auf den 1. Januar 1973 eine neue Verordnung über Bei-

träge an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten in Kraft. Dabei wurde die Bestimmung, wonach die Prämien für Aufwendungen für bestimmte wertvolle Einrichtungen und Vorkehren zusammen mit den Betriebsbeiträgen an die Personalkosten 70 Prozent nicht übersteigen dürfen, gestrichen.

Die Verordnung stellt zudem klar, daß auch für ständige Kurse an Heimerziehschulen, sozialen Schulen und heilpädagogischen Seminarien Ausbildungsbeiträge ausgerichtet werden können. Mit der Neuregelung, wonach an die Heimerziehungsausbildung in diesen Institutionen Beiträge in der Höhe von höchstens 80 Prozent der Kosten der Lehrkräfte und der Lehrmittel gewährt werden können, werde eine Angleichung an die Subventionierung der Schulen für Sozialarbeit durch das Departement des Innern sowie der heilpädagogischen Ausbildungsstätten durch die Invalidenversicherung erreicht.

ZH: Einsparung von Lehrstellen an der Volksschule?

Wie dem kantonalen Schulblatt zu entnehmen ist, hat die im Sommer 1972 vom Erziehungsrat angeordnete Erhebung über die Schülerbestände der rund 4900 Volksschulabteilungen zur Ermittlung allfällig aufzuhebender Lehrstellen nur in wenigen Fällen die Möglichkeit einer Einsparung von Lehrkräften ergeben.

Der Erziehungsrat hat nach Kenntnisnahme vom Ergebnis der Erhebung die Erziehungsdirektion angewiesen, 22 Fälle noch näher abzuklären und ihm soweit möglich die Aufhebung dieser Lehrstellen zu beantragen oder einzelne Stellen einstweilen nicht mehr zu besetzen.

ZH: Neuer Uni-Rektor

Der Akademische Senat hat den Theologieprofessor Dr. Robert Leuenberger als Rektor für die Amtszeit 1974–1976 gewählt. Die Wahl bedarf noch der Bestätigung durch den Regierungsrat. Der Gewählte tritt sein Amt im März 1974 an. Die feierliche Amtseinssetzung wird erfolgen, wenn die Amtszeit des jetzigen Rektors der Universität, Prof. Dr. Alfred Diggli, abgelaufen ist.

BE: Neue Trägerschaft für Gymnasien gefordert

Im Kanton Bern sind die Mittelschulen Sache der Gemeinden. Dies soll nach Auffassung einer Motion von Dr. Anton Geiser (CVP, Bolligen) im Großen Gemeinderat der Einwohnergemeinde Bolligen grundsätzlich geändert werden. Der Vorstoß will den Gemeinderat (Exekutive) beauftragen, durch eine Eingabe beim Regierungsrat und beim Großen Rat des Kantons Bern eine beschleunigte Revision des kantonalen Mittelschulgesetzes zu erwirken. Die Revision soll vor allem bezwecken, die Trägerschaft für die bestehenden und die neu geplanten Gemeindegymnasien wie-

der an den Kanton übergehen zu lassen. Denkbar wäre nach Auffassung des Motionärs auch eine Übertragung an regionale Körperschaften. Die Öffentlichkeit sollte zudem sobald als möglich über die neue Gymnasialkonzeption orientiert werden. Der Vorstoß von Dr. Geiser war zuvor im Vorstand des CVP-Amtsverbandes eingehend besprochen worden.

BE: «Meinungsfreiheit an der Uni Bern bedroht»

Nach Ansicht der freisinnig-demokratischen Fraktion des bernischen Großen Rates sind an der Universität Bern «die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte nicht mehr gewährleistet». Sie hat die Regierung in einer Motion aufgefordert, zusammen mit den Universitätsbehörden «unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um das Recht der freien Meinungsäußerung an unserer Hochschule zu garantieren».

Ausgelöst wurde dieser Vorstoß, für den Dringlichkeit der Behandlung verlangt wird, durch eine antimilitaristische Demonstration, die letzthin ein Referat des Ausbildungschefs der Armee, Oberstkorpskommandant Hirschy, in der Universität Bern verhinderte. Dieser Vorfall habe «in großen Teilen des Bernervolkes tiefe Beunruhigung» hervorgerufen. Die freisinnig-demokratischen Großräte verlangen namentlich «Klarheit über die Ausübung des Hausrechts an der Universität Bern».

UR: Urner Lehrerkartothek

In Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Statistischen Amt wird im Frühjahr 1973 eine übersichtliche Urner Lehrerkartothek erstellt werden. Sie wird besonders in Zeiten mit starken Lehrerwechseln eine Notwendigkeit und wird gute Dienste leisten.

SZ: Schwyzer Mittelschullehrerverband gegründet

In Goldau ist der kantonale Schwyzer Mittelschullehrerverband gegründet worden. Diese Berufsorganisation, der sowohl Lehrer von staatlichen wie von privaten Mittelschulen angehören, will auf kantonaler Ebene die spezifischen Interessen der Mittelschullehrer wahren.

SZ: Wirtschaftsgymnasium in Schwyz

Auf Antrag von Schulleitung und Erziehungsrat hat der Regierungsrat grundsätzlich beschlossen, an der Kantonsschule Kollegium Schwyz zu Beginn des Schuljahres 1974/75 das Wirtschaftsgymnasium (Matura-Typus E) einzuführen. Das Wirtschaftsgymnasium wird die Maturahandelschule ersetzen, die künftig den Absolventen den Zutritt zur Hochschule nicht mehr ermöglicht.

SZ: Schwyz sucht 20 Lehrer

Infolge der Neueröffnung von Klassen, des Rückzugs von Lehrpersonen und der üblichen Abgän-

ge müssen für die Gemeinde- und Bezirksschulen in der Gemeinde Schwyz auf nächstes Schuljahr nicht weniger als 20 neue Lehrpersonen gesucht werden. Glaubte man bis anhin, die Lehrstellenbesetzung in den schwyzerischen Gemarken stelle im Vergleich zu den Städten noch keine Probleme, so wird man seit jüngster Zeit deutlich eines andern belehrt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Statistik der Lehrervereinigung der Gemeinde Schwyz, bringt diese doch zu Tage, da von den rund 60 Mitgliedern mehr als die Hälfte (32 Personen) in den Jahren 1970 bis 1972 in die Vereinigung eingetreten sind. Letztes Jahr verzeichnete man in Schwyz nicht weniger als 19 Zuzüge und 14 Abgänge (inklusive Oberstufe).

ZG: Zustimmung zum Wirtschaftsgymnasium

An seiner letzten Sitzung bestimmte der Kantonsrat eine Kommission zur Berichterstattung über den Beschluß des Regierungsrates zur Einführung eines Wirtschaftsgymnasiums im kommenden August an der Zuger Kantonsschule. Der Kantonsrat hat diesen Beschluß noch zu genehmigen.

Eingehend diskutierte die Kommission die Einführung des Maturitätstypus E im Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Revision des Mittelschulgesetzes. Da einerseits der Bundesrat früher als erwartet diesem Typus die eidgenössische Anerkennung verliehen hat und andererseits das neue Mittelschulgesetz bis zum Sommer 1973 noch nicht in Kraft gesetzt werden kann, hält es die Kommission für angebracht – zumal die materiellen Vorarbeiten dazu vollständig erbracht sind –, den wirtschaftswissenschaftlichen Typus vorzeitig einzuführen.

ZG: Aus dem Erziehungsrat

Erziehungsdirektor Dr. Hans Hürlimann orientierte den Rat aufgrund von verschiedenen Abklärungen über die Konzeption des Sonderschulwesens im Kanton. In diese Konzeption sind einbezogen die Sonderschule Zug, der Ausbau des Kinderheimes Hagendorn und der Waldschule Horbach sowie die Errichtung einer Sonderschule im Raume der Berggemeinden. Außerdem sollen Plätze in geeigneten auswärtigen Instituten für Zuger Kinder gesichert werden.

Der Zuger Erziehungsrat berief aus Vertretern aller Schulstufen eine Kommission für den Muttersprache-Unterricht und beauftragte diese mit einer Analyse des Ist-Zustandes auf sämtlichen Stufen und mit der Erarbeitung von Zielformulierungen für den gesamten Bereich der Spracherziehung. Um die Prophylaxe in der Schulzahnpflege auch in den oberen Klassen auszubauen, beschloß der Erziehungsrat, auf Beginn des Schuljahres 1973/74 eine zweite Schulzahnpflegerin anzustellen.

FR: Wer zahlt, wenn der Lehrer im Großrat sitzt?

Im Laufe der Februar-Session des Freiburger Großen Rates hat der Vorsteher des Erziehungsdepartements, Staatsrat Dr. Max Aebischer, eine Interpellation eines radikalen Großrates beantwortet, welche die Entschädigung für die Vertretung der im Parlament sitzenden Lehrer aufwarf. Den im Freiburger Großen Rat sitzenden Erziehern wird vom Staat während 15 Tagen ein Vertreter bezahlt. Der Interpellant war nun der Meinung, diese Regelung stelle gegenüber andern Berufen eine Ungerechtigkeit dar. Zudem stehe der Beschluß, der diese Maßnahme einführt, im Widerspruch zur Erklärung im November 1970 der Regierung anlässlich der Abänderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte. Damals sei erklärt worden, der Staat werde die «Vertreter-Spesen» auf keinen Fall übernehmen. Staatsrat Aebischer erklärte nun, daß die Regierung jetzt kaum mehr auf ihren Beschluß zurückkommen könne, der ganz im Gegenteil gerecht und den Umständen angepaßt sei. Andere Berufe könnten ihre Arbeit frei oder relativ frei einteilen, was der an seinen Stundenplan gebundene Lehrer nicht könne. Am Ende dieses Jahres soll die Frage wieder diskutiert werden. Eine Änderung des Beschlusses sei eventuell möglich, da die Räte ihre Sitzungsgelder im letzten Jahr erhöht hätten.

FR: Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät an der Uni?

Die Freiburger Regierung zeigte sich bezüglich der in einem Postulat geforderten Bildung einer eigenständigen Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Freiburger Universität «ziemlich reserviert». Der Vorsteher des Erziehungsdepartements, Staatsrat Dr. Max Aebischer, wies jedoch darauf hin, daß «die kompetenten Stellen der Universität beauftragt würden, die Opportunität der Bildung einer neuen Fakultät zu studieren».

FR: Vom Ordinariat zurück zum Rektorat

Der Staatsrat des Kantons Freiburg hat den Rücktritt von Dr. P. Ludwig Räber, OSB, ordentlicher Professor für Pädagogik an der philosophischen Fakultät, angenommen und dem Demissionär die geleisteten Dienste verdankt.

Professor Pater Räber, OSB, hat mit Schreiben vom 31. Januar der Unterrichtsdirektion des Kantons Freiburg seine Demission als Ordinarius für allgemeine Pädagogik auf Ende Sommersemester 1973 eingereicht. Der Grund für diese Demission liegt in der Tatsache, daß der derzeitige Rektor der Stiftsschule Einsiedeln, Dr. P. Odilo Tramèr, auf Ende des laufenden Schuljahres sein Amt als Rektor der Stiftsschule niederzulegen wünscht, um eine wissenschaftliche Aufgabe zu übernehmen. Dem Wunsch des Lehrkörpers der Stifts-

schule entsprechend, ersuchte der Abt von Einsiedeln, Dr. Georg Holzherr, am 27. Januar Professor Räber, sich dieser Bitte, die auch die seine ist, nicht zu verschließen. P. Räber übernimmt mit dem Rektorat der Stiftsschule Einsiedeln eine Aufgabe, die ihm bereits von 1951 bis 1966, bis zu seiner Berufung nach Freiburg, anvertraut war.

P. Räber wurde am 15. März 1966 vom Freiburger Staatsrat als Extraordinarius für allgemeine Pädagogik (deutschsprachige Abteilung) nach Freiburg berufen. 1971 erfolgte die Promotion zum Ordinarius. Im laufenden akademischen Jahr bekleidete Professor Räber das Amt des Dekans der philosophischen Fakultät. Zusammen mit Prof. Dr. L. Barbey steht er als Co-Direktor dem 1966 gegründeten pädagogischen Institut der Universität Freiburg vor.

SG: Für eine notenfreie Schule

Dem Erziehungsdepartement des Kantons St. Gallen ist eine Petition für eine humane Schule eingereicht worden. Sie wurde von 4700 Personen unterzeichnet. Die Petition verlangt die Abschaffung von Bewertung und Noten auf der Primarschulstufe (erste bis sechste Klasse) und möchte, daß die Übergangsauslese erst nach dem achten Schuljahr vorgenommen wird. Das siebte und achte Schuljahr soll für alle Schüler Orientierungs- und Beobachtungsstufe sein. Die Petition wurde vor allem von älteren Schülern, aber auch von Lehrern unterzeichnet. Sie wurde lanciert von einem Aktionskomitee von Sarganser Seminaristen.

AG: Lehrermangel mit neuem Höchststand

Der Lehrermangel im Kanton Aargau hat mit 129 offenen Stellen einen neuen Höchststand erreicht. Dabei sind jene unbesetzten Stellen nicht eingerechnet, die sich aus der Einführung eines fakultativen neunten Schuljahres an Sekundar-

und Primarschulen und einer Reduktion der Klassenbestände ergeben.

Wie aus den Ausschreibungen staatlicher Stellen in der jüngsten Ausgabe des Aargauer Amtsblattes hervorgeht, fehlen dem Kanton rund zwei Monate vor Schuljahresschluß 72 Primarlehrer. Während an den Hilfsschulen 17 neue Lehrer gesucht werden, sind zurzeit an den Bezirksschulen 14 Stellen offen. Je acht Lehrstellen sind an Sekundarschulen und Arbeitsschulen unbesetzt. Außerdem fehlen dem Kanton sechs Hauswirtschaftslehrerinnen und vier Lehrkräfte für Heimschulen.

AG: Aargauer Hochschulplanung

Der Regierungsrat hat eine Verordnung über die Organisation der Vorbereitungsstufe einer Hochschule im Kanton Aargau in Kraft gesetzt, in der einerseits die Autonomie der geplanten Abteilung für Bildungswissenschaften gewährleistet, andererseits die politische Verantwortung der Regierung zugewiesen ist.

AG: Neuer Direktor des Lehrerseminars Aarau

Zum neuen Direktor des Lehrerseminars Aarau wählte der Regierungsrat Dr. Franz Kretz. Der Nachfolger von Direktor Dr. Karl Bäschlin wurde 1930 geboren, besuchte die Volksschule seines Heimatortes Waltenschwil und die Bezirksschule Wohlen. Nach der Maturität an der Stiftsschule Einsiedeln wandte sich der Gewählte dem Studium der Geschichte sowie der deutschen und französischen Sprache an den Universitäten Zürich und Paris zu. Er erwarb sich 1956 das aargauische Bezirkslehrerdiplom und promovierte 1960 in Geschichte. Dr. Kretz wirkt seit 1962 als Hauptlehrer für Geschichte und Deutsch am Lehrerseminar und an der Töcherschule Aarau. 1970 wurde er zum Vizedirektor gewählt. Als Abteilungsleiter der Töcherschule hat er die Umstrukturierung derselben vorbereitet und eingeleitet. Dr. Kretz wird sein Amt mit Beginn des neuen Schuljahres antreten.

Umschau

Mehrheit für Kleinschreibung!

Die Kleinschreibung wird von einer knappen Mehrheit der Deutschschweizer «groß geschrieben»: 54 Prozent würden dabei sofort mitmachen, 25 Prozent möchten warten, bis sie sich eingebürgert hat. 17 Prozent sind strikte dagegen.

Dieses Ergebnis zeitigte eine Meinungsumfrage des Instituts Scope, Luzern, bei der 447 Personen ein Text mit durchwegs kleingeschriebenen

Substantiven vorgelegt wurde. Die Bereitschaft, selber klein zu schreiben, ist mit 70 Prozent der 18- bis 24jährigen besonders groß. Bei den älteren Personen nimmt sie deutlich ab (nur 41 Prozent der 45jährigen). Sie wächst hingegen mit dem Grad der Schulbildung: 85 Prozent der Absolventen höherer Schulen sind für die Kleinschreibung. Die Befürworter versprechen sich von der Kleinschreibung eine Vereinfachung des Schreibens und Lesens (53 Prozent) sowie eine «Entlastung des ohnehin überfüllten Schulplans» (36 Prozent). Ebenfalls 36 Prozent aller Befragten erachten die Kleinschreibung als modern und